



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des  
Landtags Rheinland-Pfalz  
Herrn Hendrik Hering  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz  
**17/6878**  
VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
Poststelle@mdi.rlp.de  
www.mdi.rlp.de

17. Juli 2020

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
2232-0028#2020/0035-0301 343		Andreas Sackreuther andreas.sackreuther@mdi.rlp.de	06131 16- 3803 06131 16-17- 3803

Bitte immer angeben!

**Sitzung des Innenausschusses am 18. Juni 2020**  
**TOP 27: „Durchsuchungen wegen Online-Hasskommentaren gegen den ermordeten Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke“**  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT  
- Vorlage 17/6633 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 18. Juni 2020 wurde zu TOP 27 „Durchsuchungen wegen Online-Hasskommentaren gegen den ermordeten Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke“ schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Die Landeszentralstelle zur Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus Rheinland-Pfalz bei der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz führt Ermittlungsverfahren gegen einen 47-jährigen Beschuldigten aus Kaiserslautern und einen 67-jährigen Beschuldigten aus Mayen. Gegen die Personen besteht der Verdacht, öffentlich zu einer Straftat zum Nachteil von Herrn Dr. Walter Lübcke aufgefordert bzw. auf Facebook seine Ermordung in einer strafrechtlich relevanten Art und Weise öffentlich begrüßt zu haben.

1/3  
**Kernarbeitszeiten**  
09.00-12.00 Uhr  
14.00-15.00 Uhr  
Freitag 09.00-12.00 Uhr

**Verkehrsanbindung**  
ab Mainz Hauptbahnhof  
Straßenbahnlinien  
Richtung Hechtsheim 50,51,52

**Parkmöglichkeiten**  
Parkhaus Schillerplatz,  
für behinderte Menschen  
Hofeinfahrt Mdl, Am Acker



Das mit den Ermittlungen beauftragte Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz hat am 4. Juni 2020 die Wohnungen der beiden Beschuldigten durchsucht und sie zum Tatvorwurf vernommen. Bei den Durchsuchungen stellten die Ermittler Speichermedien sowie eine Stahlrute, einen Elektroschocker, Schrotflintenmunition, Reizgas und eine Druckluftpistole sicher. Die Ermittlungen, insbesondere die Auswertung der sichergestellten Datenträger, dauern an.

Die Durchsuchungen waren Teil eines bundesweiten „Aktionstags zur Bekämpfung von Hasspostings“, bei dem in 12 Bundesländern strafprozessuale Maßnahmen gegen insgesamt 40 Beschuldigte wegen strafrechtlich relevanter Äußerungen im Zusammenhang mit der Ermordung des ehemaligen Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke vollstreckt wurden.

Ausgangspunkt des gemeinsamen Vorgehens der Strafverfolgungsbehörden sind seit September 2019 geführte Ermittlungen der Zentralstelle zur Bekämpfung von Internetkriminalität der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main und des hessischen Landeskriminalamts, die zur Sicherung zahlreicher strafrechtlich relevanter Äußerungen zu der Tat in verschiedenen sozialen Netzwerken geführt haben. Die Durchführung von bundesweiten „Aktionstagen zur Bekämpfung von Hasspostings“ ist ein wichtiger Bestandteil des konsequenten Vorgehens von Polizei und Justiz bei der Bekämpfung des Phänomens strafrechtlich relevanter Hasskommentare. Am 4. Juni 2020 fand diese konzertierte Aktion daher bereits zum sechsten Mal statt.

Hasspostings sind häufig rassistisch, nationalistisch, antisemitisch, homophob oder gewaltverherrlichend. Opfer sind oft Politikerinnen und Politiker in Bund, Länder und Gemeinden. Bei der Zuordnung zu den Phänomenbereichen dominieren die rechtsmotivierten Hasspostings. Deshalb wurde beim Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz mit der Einrichtung der Taskforce „Gewaltaufrufe rechts“, die am 1. August 2019 ihre Arbeit aufnahm, ein wirksames Instrument geschaffen, um rechtsextremistische Hetzer und Netzwerke im Internet zu entlarven.



Die Polizei ermittelt auf der Grundlage der vom Verfassungsschutz übermittelten Hinweise inzwischen in 66 Ermittlungsverfahren. In den weitaus überwiegenden Fällen ist der Verdacht der Volksverhetzung sowie des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Ausgangspunkt dieser Verfahren.

Die Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, entsprechende Straftaten konsequent anzuzeigen. Jedermann kann einen Beitrag zur Bekämpfung von Hasskriminalität leisten. Hierfür steht den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern auch die „Online-Wache“ zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Randolf Stich  
Staatssekretär